

Nachgeordnet und dennoch immer wichtiger – Die Altersorientierung als Dimension des Parteienwettbewerbs

Dipl.-Pol. Sandra Brunsbach¹

Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der öffentlichen Debatte werden politische Fragen mit zunehmendem demographischem Wandel häufig auch aus einer generationalen Perspektive betrachtet und diskutiert. Im Mittelpunkt stehen dabei zum einen Fragen nach der generationengerechten Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, zum anderen aber auch vermehrt Diskussionen um den potentiell zunehmenden Einfluss älterer Bevölkerungsteile auf die Politik im Allgemeinen und das programmatische Angebot von Parteien im Speziellen. Vertreten Parteien zunehmend die Anliegen älterer Menschen und werden sie im Zuge des demographischen Wandels Stück für Stück zu „Altenparteien“?

Trotz der gewachsenen Bedeutung dieser Fragen liegen empirische Analysen des programmatischen Angebots von Parteien unter dieser Perspektive bisher kaum vor. Die sozialwissenschaftliche Forschung zum demographischen Wandel konzentriert sich auf die Mikro- und Makroebene des politischen Systems und der Forschungszweig, der sich originär mit der Programmatik von Parteien beschäftigt, hat wiederum generationale Aspekte nicht im Blick. Wie in der öffentlichen Debatte so wird daher auch in der wissenschaftlichen Diskussion aufgrund dieser häufig konstatierten Forschungslücke (u.a. Blome et al. 2008: 19, Kaspar und Falter 2007: 135) mit Vermutungen bzw. begrenzten empirischen Informationen bezüglich der demographierelevanten programmatischen Entwicklung gearbeitet, die sich zum Teil widersprechen. Während einige Autoren von Parteien ausgehen, die zunehmend die spezifischen Anliegen älterer Menschen vertreten (u.a. Bergmann et al. 2012: 373), sehen andere in ihnen eher vermittelnde Akteure, welche die Interessen aller Altersgruppen im Blick haben (u.a. Schmidt 2008: 142-143, Schroeder et al. 2008).

So weit die Vermutungen bezüglich der programmatischen Entwicklung auseinanderliegen, so wiederkehrend und einend ist dabei jedoch die implizit oder explizit formulierte Vorstellung einer demographie-relevanten Dimension, die Auskunft darüber gibt, wie altenfreundlich die Programmatik einer Partei ist.

¹ Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und PRuF Fellow.

Eine solche Altersdimension parteipolitischer Programmatik wird im vorliegenden Beitrag erstmals theoretisch und methodisch konzeptualisiert und für die deutschen Parteien zwischen 1970 und 2013 auch empirisch dargestellt.

Die Altersorientierung – Eine altersbasierte Dimension des politischen Wettbewerbs

Die Vorstellung einer altersbasierten Dimension des politischen Wettbewerbs wird in vielen politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem demographischen Wandel sichtbar. Dies ist immer dann der Fall, wenn diskutiert wird, ob sich die Programmatik von Parteien eher den Interessen der älteren oder aber der nicht-älteren Bevölkerung zuwendet und inwieweit sich hierbei Verschiebungen im Zuge des demographischen Wandels konstatieren lassen. Besonders explizit ist dies der Fall, wenn in der Tradition des Rational-Choice-Ansatzes auf das zunehmende Alter des Median-Wählers verwiesen wird (u.a. Inman 1978), welches zu einer stärkeren Ausrichtung der Politik an den Interessen der älteren Bevölkerung führe (Browning 1975, Preston 1984). So seien Kürzungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, welche vor allem ältere Menschen in Anspruch nehmen, unmöglich, sobald eine Mehrheit der Bürger von diesen Kürzungen nicht mehr profitiere (Sinn und Uebelmesser 2002). Andere Autoren erwarten mit dem zunehmenden Alter des Median-Wählers zudem einen weiteren Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen (insbesondere generösere Renten) für ältere Menschen (u.a. Mulligan und Sala-i-Martin 2003, Persson und Tabellini 2000). Derartige Argumentationsmuster werden hier unter dem Begriff der *Elderly Power Hypothesis* zusammengefasst.

Eine solche altersbasierte Dimension wurde für die politische Angebotsseite bisher weder theoretisch noch empirisch konzeptualisiert.² Im Folgenden wird eine Dimension der „Altersorientierung“ vorgestellt, die Aufschluss gibt, ob sich die Programmatik einer Partei stärker den spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Anliegen der älteren oder aber der nicht-älteren Bevölkerung verpflichtet sieht. Die beiden Pole der Dimension stellen jeweils eine Programmatik dar, in der ausschließlich wohlfahrtsstaatliche Interessen der älteren oder aber der nicht-älteren Bevölkerung berücksichtigt werden.

² Einzig auf der Makroebene der wohlfahrtsstaatlichen Ausgabenverteilung steht mit der *Elderly/Non-Elderly Spending Ratio* (ENSR) von Lynch (2006) ein Maß zur Bestimmung der Altersorientierung zur Verfügung. Hierbei werden die Ausgaben für ältere Menschen und für die nicht-ältere Bevölkerung gewichtet und nach ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil ins Verhältnis zueinander gesetzt.

Diese Konstruktion der Altersorientierung greift die wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten der letzten Jahre auf und übernimmt zwei implizite Grundannahmen. Erstens wird davon ausgegangen, dass verschiedene Altersgruppen voneinander abgrenzbar sind, die jeweils altersspezifische Anliegen besitzen. Ein üblicher Ansatz segmentiert die Bevölkerung in drei große Altersgruppen. *Jüngere Menschen* sind Kinder und junge Menschen, die sich in der Ausbildung befinden oder noch nicht voll in das Erwerbsleben eingetreten sind. Die Gruppe der *Menschen mittleren Alters* wird von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gebildet, wohingegen *ältere Menschen* bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Ursächlich für diese Einteilung ist der Wohlfahrtsstaat, da durch ihn die klar abgrenzbare Phase der Erwerbstätigkeit etabliert wird (Kohli 1985).³ Diese Einteilung wird durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen verstärkt, die sich als „altersgeschichtete Leistungssysteme“ (Kohli 1985: 14) deklarieren lassen und sich direkt an dieser Dreiteilung orientieren (u.a. Konzelmann 2015: 15). Hierzu zählen beispielsweise Bildungsausgaben, Rente oder Pflege. Aufgrund familiärer Verflechtungen können auch derartige Leistungen potentiell Rückwirkungen auf Angehörige anderer Altersgruppen entfalten. Solche mittelbaren Effekte sind nicht Betrachtungsgegenstand der Altersorientierung. Es werden vielmehr all die Issues als altersspezifisch definiert, von denen ausschließlich oder zu einem absolut überwiegenden Anteil die Mitglieder einer Altersgruppe direkt betroffen sind. Es wird jedoch anerkannt, dass junge Menschen und Menschen mittleren Alters in besonderem Maße miteinander verbunden sind, da beide Altersgruppen oft in einem Haushalt leben und die elterliche Unterstützung häufig erst mit dem vollständigen Übergang ins Erwerbsleben an Intensität nachlässt. Die mittelbaren Effekte altersspezifischer Leistungen sind daher zwischen diesen Altersgruppen besonders groß, weshalb beide Gruppen zur Kategorie der *nicht-älteren Menschen* zusammengefasst und den älteren Menschen kontrastierend gegenübergestellt werden.

Eine zweite Grundannahme besteht darin, dass die Politikangebote für die einzelnen Altersgruppen unter der Perspektive der Altersorientierung nicht als voneinander unabhängig wahrgenommen werden. Es wird vielmehr von einem Nullsummenspiel ausgegangen, bei dem der Wohlfahrtsstaat über begrenzte

finanzielle Ressourcen verfügt, die den Altersgruppen zu Gute kommen können. Ressourcen, die zur Befriedigung der spezifischen Anliegen der einen Gruppe genutzt werden, stehen anderen Altersgruppen nicht mehr zur Verfügung.

Der nachgeordnete Charakter der Altersorientierung

Beschäftigt man sich mit der Frage, wie Parteien sich auf dieser Dimension bewegen bzw. wo sie sich positionieren, erscheint die Antwort wie oben skizziert einfach: Der Median-Wähler wird älter und, da Parteien auf elektoralen Erfolg angewiesen sind und von am Eigennutzen orientierten Wählern ausgehen, verschieben sie ihre Altersorientierung zu Gunsten der wohlfahrtsstaatlichen Anliegen älterer Menschen. Diese Betrachtungsweise greift jedoch zu kurz, da zum einen fälschlicherweise von einer dimensionsorientierten Aufmerksamkeit der Parteien ausgegangen wird und zum anderen die Wirkung der Political Belief Systems von Parteien zu wenig berücksichtigt wird.

Dem politikwissenschaftlichen Verständnis einer Dimension liegt die Vorstellung zu Grunde, „dass sich die denkbaren Regelungsoptionen eines sachpolitischen Themas als Punkte einer Teilmenge eines ein- oder mehrdimensionalen Raumes beschreiben lassen“ (Bräuninger und Debus 2012: 30). Dimensionen können sich auf einzelne politische Sachfragen beziehen, stellen aber zumeist die Regelungsoptionen zu einem allgemeinen Politikbereich dar. Im zweiten Fall setzt sich eine Dimension – wie auch hier – aus einer Reihe von Einzelissues zusammen, die unter der interessierenden Perspektive aggregiert werden. Eine dimensionsgerichtete Aufmerksamkeit der Parteien ist gegeben, wenn diesen nicht nur bewusst ist, wie sie sich zu Einzelissues der Dimension positionieren, sondern auch ihre Gesamtposition auf der Dimension und diejenige ihrer Wettbewerber kennen. Erst bei Vorliegen dieser Bedingungen ist es möglich, dass Parteien ihre Gesamtposition auf einer Dimension strategisch verändern. Sie werden sich dann zu Einzelissues, die einer Dimension zugerechnet werden, auch vor dem Hintergrund der gewünschten Gesamtposition auf der betreffenden Dimension positionieren. Damit ist gemeint, dass eine Partei, die ihre Gesamtposition beispielsweise nach rechts verschieben möchte, bei Einzelissues, die der Dimension zugerechnet werden, dezidiert rechtere Positionen als zuvor einnimmt. Handlungsleitend ist dann weniger der Regelungswunsch bezüglich der Einzelissues als vielmehr die forcierte Re-Positionierung auf der Gesamtdimension.

³ Diese Dreiteilung erfährt auch in den Familienverläufen seine Entsprechung, indem die aktive Familienphase in die Zeit der Erwerbsfähigkeit fällt (Bertram et al. 2011: 96, Schaeper 2007: 141).

Eine solche Annahme ist überzeugend im Fall von Dimensionen, die einen strukturierenden Charakter für den Parteienwettbewerb besitzen. Als strukturierend können Dimensionen bezeichnet werden, die sich im politischen Alltagsverständnis wiederfinden lassen und die geeignet sind, die Komplexität des Parteienwettbewerbs und des Wählerverhaltens ohne großen Informationsverlust allgemein zu beschreiben (Benoit und Laver 2012). Auch wenn die Resultate von Dimensionalitätsanalysen divergieren, wird für die westeuropäischen Staaten entweder eine übergeordnete Links-Rechts-Achse als strukturierend angenommen oder es werden zwei derartige Dimensionen konstatiert: die ökonomische Links-Rechts-Achse und eine gesellschaftspolitische (oder soziokulturelle) Konfliktdimension (u.a. Benoit und Laver 2006, Falter et al. 1992, Marks et al. 2006).⁴

Es sollte bei der Altersorientierung nicht von einer dimensionsgerichteten Aufmerksamkeit der Parteien ausgegangen werden. Die Altersorientierung wird zwar immer häufiger in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen implizit diskutiert, sie reicht aber nicht an die Bedeutung strukturierender Dimensionen heran und ist klar nachgeordneter Natur. So können sowohl die Parteien selbst als auch interessierte Beobachter die Gesamtpositionen der Parteien auf der ökonomischen Links-Rechts-Achse oder der gesellschaftspolitischen Dimension ad hoc verorten, nicht aber im Falle der Altersorientierung. Die Parteien positionieren sich zu Einzelissues, die der Altersorientierung zugerechnet werden, und nehmen hierbei auch strategische Überlegungen vor, sie haben dabei aber potentielle Auswirkungen auf ihre Altersorientierung nicht vor Augen. Damit ergibt sich die Gesamtpositionierung auf der Dimension der Altersorientierung, anders als bei strukturierenden Dimensionen, rein aus der Summe der Positionierung zu allen Einzelissues, die zu dieser Dimension gehören.

In der zu Beginn skizzierten Vorstellung einer Verschiebung der Altersorientierung zu Gunsten der älteren Bevölkerung bleiben zudem die Political Belief Systems von Parteien unberücksichtigt, obwohl ihnen eine hohe Bedeutung für die programmatische Entwicklung von Parteien zuzuschreiben ist. Sie wirken identitätsstiftend (Sani und Sartori 1983: 330-331), indem sie den inhaltlichen Kern einer Partei beschreiben, und stellen eine Heuristik für die Salienz- (u.a. Budge 2006: 422) und Positionsfindung (Colomer und Puglisi 2005: 510) dar. Parteien sind

in hohem Maße an ideologischer Konsistenz interessiert. Die Programmatik einer Partei soll möglichst widerspruchsfrei mit den Ideen, Werten und Überzeugungen, die im Political Belief System zum Ausdruck gebracht werden, in Einklang stehen. Lösungsvorschläge für politische Problemlagen werden demnach vor dem Hintergrund der Political Belief Systems erarbeitet.

Es besteht eine direkte Korrespondenz zwischen den Political Belief Systems der Parteien und den strukturierenden Dimensionen des politischen Wettbewerbs. Strukturierende Dimensionen berühren den Kern der Political Belief Systems von Parteien. Die Political Belief Systems weisen Parteien gleichsam einen Achsenabschnitt zu (Budge et al. 2010: 792). Daraus folgt, dass die Positionen einer Partei zu einzelnen Issues, welche dieser strukturierenden Dimension zugeordnet werden, nicht als voneinander unabhängig zu verstehen sind. Vielfach wird implizit angenommen, dass jede Position zu einzelnen dimensionszugehörigen Issues als Ausdruck der dimensional Gesamtposition zu betrachten ist.⁵ Angewandt auf die ökonomische Links-Rechts-Dimension meint dies, dass eine Partei sich beispielsweise für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung stark macht, da sie eine linke Partei ist. Diese Korrespondenz zwischen Political Belief Systems und strukturierenden Dimensionen verstärkt damit den bereits im Zuge der dimensionsgerichteten Aufmerksamkeit erwähnten Zusammenhang zwischen der Positionierung zu Einzelissues und der Gesamtposition auf strukturierenden Dimensionen. Bei strukturierenden Dimensionen ist damit umso mehr davon auszugehen, dass die Gesamtposition einer Partei einen Einfluss auf die Positionierung zu Einzelissues ausübt, die dieser Dimension zugeordnet werden können.

Die Altersorientierung ist hingegen kein Kernbestandteil der Political Belief Systems von etablierten Parteien. Keine Partei sieht sich ihrer grundlegenden ideologischen Ausrichtung nach als Anwalt der Interessen älterer oder aber nicht-älterer Bevölkerungsteile.⁶ Die Political Belief Systems sind übergenerational angelegt, sodass sie den Parteien nicht direkt spezifische Dimensionsabschnitte zur Gesamtposi-

⁴ In einigen Ländern Europas wirkt darüber hinaus eine EU-Integrationsdimension strukturierend auf den Parteienwettbewerb (Bakker et al. 2012, De Vries und Hobolt 2012).

⁵ Diese Annahme wird kaum explizit diskutiert. Sie wird aber durch die Wahl des methodischen Vorgehens deutlich. Sobald reflektive Indizes zur Konstruktion der Dimension zum Einsatz kommen, liegt ein solches Verständnis zu Grunde. Dies ist beispielsweise bei RILE (Laver und Budge 1992) oder auch beim so genannten Vanilla-Approach (Gabel und Huber 2000) der Fall. Siehe hierzu auch Franzmann (2015).

⁶ Als Ausnahme können Rentnerparteien gelten, die hier nicht betrachtet werden.

tionierung vorgeben und die Positionierung zu einem Einzelissue, welches der Dimension der Altersorientierung zugeordnet werden kann, sollte damit auch nicht für sich genommen als Ausdruck einer Gesamtposition erachtet werden.

Der nachgeordnete Charakter der Altersorientierung resultiert darin, dass für die theoretische Erklärung weder auf den oben kurz skizzierten Rational-Choice-Ansatz zurückgegriffen werden kann, noch auf die Cleavage- oder die Salienztheorie, da auch diese auf der Vorstellung einer dimensionsgerichteten Aufmerksamkeit und einer direkten Korrespondenz mit dem Political Belief System basieren.⁷ Die theoretische Argumentation bezüglich der Positionierung von Parteien auf der Altersorientierung muss auf dem Umgang mit Einzelissues beruhen, welche in ihrer Gesamtheit die jeweilige Dimension formen. Modifikationen an der Gesamtposition können nur dann postuliert werden, wenn davon auszugehen ist, dass bei einer Reihe von Issues eine veränderte Positionierung vorgenommen wird, die in ihrer Summe zu einer Re-Positionierung auf der Dimension führen.

Ausgehend von diesen Überlegungen und auf der Basis einer Konzeption von Parteien als rationale Akteure, die nicht über vollständige Informationen verfügen und den Bedingungen des elektoralen Wettbewerbs unterliegen, werden nachfolgend Erwartungen bezüglich der Ausrichtung von Parteien auf der Dimension der Altersorientierung formuliert.

Die sich verändernde Bevölkerungsstruktur löst breite Diskussionen bezüglich altersspezifischer Leistungen und ihrer Finanzierbarkeit aus (Renten, Pflege, Bildung, Frühverrentung etc.). Die Antworten der Parteien hierauf werden in hohem Maße von ihrem jeweiligen Political Belief System geprägt. So können beispielsweise wirtschaftsliberale Parteien den demographischen Wandel nutzen, um Einschnitte in wohlfahrtsstaatliche Strukturen zu forcieren. Parteien werden in ihrer programmatischen Reaktion aber nicht in einer Weise zwischen älteren und nicht-älteren Bevölkerungsteilen unterscheiden, die zu einer Verschiebung der gesamten Altersorientierung führt. Da die Political Belief Systems der Parteien generationenübergreifend angelegt sind, ließe sich eine einseitige

ge Belastung bzw. wohlfahrtsstaatliche Bevorzugung entweder der älteren oder nicht-älteren Bevölkerung nur schwer mit diesen tiefgreifenden Überzeugungen vereinbaren und kommunizieren. Es könnte entgegnet werden, dass solch offensichtliche Ungleichbehandlungen zwar ausgeschlossen sind, diese aber aufgrund der Mechanismen des *Policy Threats* quasi durch die Hintertür auftreten: Wähler werden besonders durch die Aussicht mobilisiert, von geplanten wohlfahrtsstaatlichen Kürzungen betroffen zu sein. Dieser Effekt schwächt sich jedoch ab, wenn Kürzungen erst langfristig ihre Wirkung entfalten (Campbell 2003, Weaver 1986). Strategisch handelnde Parteien werden dies berücksichtigen, wodurch ältere Menschen tendenziell bevorzugt werden. Dieser Mechanismus beschränkt sich jedoch auf wenige Issues und das Zusammenspiel der altersspezifischen wohlfahrtsstaatlichen Anliegen bei der Bildung der Altersorientierung ist komplex, sodass dieser Mechanismus die Altersorientierung insgesamt nicht verändern dürfte. Es wird daher trotz des steigenden Anteils älterer Wähler nicht von einer zunehmenden Orientierung der Parteien an den wohlfahrtsstaatlichen Interessen der älteren Bevölkerung ausgegangen.

Obwohl die Political Belief Systems der Parteien generell generationenübergreifend angelegt sind, ist gleichzeitig davon auszugehen, dass die allgemeine Links-Rechts-Orientierung einer Partei, vermittelt über die Haltung zu arbeitsmarktnahen und arbeitsmarktfernen Sozialleistungen, einen Einfluss auf ihre generelle Altersorientierung ausübt. Arbeitsmarktferne Sozialleistungen, worunter insbesondere Renten und sonstige wohlfahrtsstaatliche Leistungen für ältere Menschen zählen, können gleichsam als Kern des Wohlfahrtsstaates gelten, deren Notwendigkeit und Richtigkeit auch in den ideologischen Grundkonsens rechter Parteien eingegangen ist. Arbeitsmarktnahe Sozialleistungen, wie die Arbeitslosenunterstützung oder das Krankengeld, werden naturgemäß ausschließlich von Menschen mittleren Alters in Anspruch genommen werden, und sind parteipolitisch deutlich stärker umstritten. Sie werden häufig (wenn auch nicht ausschließlich) von rechten Parteien und Anhängern des neoliberalen Paradigma für Probleme auf dem Arbeitsmarkt mitverantwortlich gemacht (Green-Pedersen 2002: 39-40, Huo et al. 2008: 5). Je höher der Grad der Dekommodifizierung⁸, desto geringer die Anreize, eine Erwerbstätig-

⁷ Wie stark diese beiden Annahmen als Fundament der theoretischen Auseinandersetzung fungieren, ist unterschiedlich. So stellen die Cleavage-Theorie und die Salienztheorie die ideologische Komponente stärker heraus, während durch klassische Rational Choice Modelle der Aspekt der Aufmerksamkeit in den Vordergrund gerückt wird. Trotz dieser Divergenzen in der Betonung finden sich beide Annahmen in allen genannten Theorien wieder. Alle drei Theorien konzentrieren sich damit auf strukturierende Dimensionen.

⁸ Dekommodifizierung beschreibt das Ausmaß, in dem der Wohlfahrtsstaat dem Einzelnen ein Leben unabhängig von der Erwerbstätigkeit ermöglicht. Dekommodifizierung beschreibt damit die Abkopplung der sozialen Sicherung von der Teilnahme am Arbeitsmarkt (Esping-Andersen 1990).

keit aufzunehmen und desto höher die Arbeitslosenquote, so die Argumentation. Linke Parteien verfolgen hingegen traditionell eine Politik der Dekommodifizierung (u.a. Huber et al. 1993).⁹ Damit sind die Political Belief Systems zwar insgesamt generationengreifend angelegt, indem sie nicht direkt nach Lebensalter differenzieren oder sich zum Anwalt einer Altersgruppe machen, dennoch ist denkbar, dass Parteien, die eine konservativ-rechte Grundorientierung aufweisen, sich stärker an den wohlfahrtsstaatlichen Interessen älterer Menschen orientieren als linke Parteien. Hierbei handelt es sich um einen mittelbaren Effekt, der aus ihrer Skepsis gegenüber dekommodifizierenden Politikansätzen und der damit einhergehenden Reserviertheit gegenüber arbeitsmarktnahen Sozialleistungen resultiert.

Methodische Umsetzung – Der Manifesto-Age-Orientation Index (MAO)

Die Altersorientierung wird mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen bestimmt. Wahlprogramme bieten die Möglichkeit einer Generierung von Längsschnitten. Sie besitzen zudem einen klaren zeitlichen Bezug und wurden zumeist von der gesamten Partei als Policy-Statement autorisiert (Budge 1994: 455, Proksch und Slapin 2009: 329). Im Zuge der Analyse werden die Wahlprogramme zunächst in Quasisätze¹⁰ segmentiert (Lacewell et al. 2014: 6-7) und dann mittels eines hierarchischen Kategoriensystems kodiert. Die erste Hierarchieebene gibt das Thema an, welches Parteien ansprechen und die zweite Hierarchieebene die Position, die hierzu eingenommen wird. Jedem Quasisatz wird jeweils ein entsprechender Code auf der ersten und zweiten Hierarchieebene zugeordnet. Anschließend wird die relative Häufigkeit der Codes in den Wahlprogrammen ermittelt. Das entwickelte Kategoriensystem ermöglicht die Erfassung einer Reihe demographierelevanter Aspekte und reicht in seiner Anwendbarkeit weit über die Ermittlung der Altersorientierung hinaus.

Zur Erhebung der Altersorientierung wurde der Manifesto-Age-Orientation Index (MAO) entwickelt. Dieser quantifiziert, inwieweit sich eine Partei für die wohlfahrtsstaatlichen Belange der älteren oder aber der nicht-älteren Bevölkerung einsetzt. Bei der

⁹ Während des so genannten „Dritten Weges“ kam bei sozialdemokratischen Parteien das Ziel einer Aktivierung der Menschen im erwerbsfähigen Alter hinzu. Dies änderte jedoch wenig an der generellen Unterstützung der Dekommodifizierung (Huo et al. 2008).

¹⁰ Quasisätze beinhalten jeweils eine Aussage. Sie können maximal einen Satz umfassen. Werden mehrere Aussagen innerhalb eines Satzes getätigt, so wird dieser in mehrere Quasisätze segmentiert.

Erhebung politischer Positionen wird häufig mit reflektiven Indizes gearbeitet (u.a. Gabel und Huber 2000, Laver und Budge 1992). Bei reflektiven Indizes wird davon ausgegangen, dass alle Komponenten das gleiche zugrundeliegende Konstrukt messen. Jede Komponente an sich ist Ausdruck der latenten Variablen. Verändert sich die latente Variable, zeigt sich dies in allen messbaren Indikatoren (Bollen 1989, Diamantopoulos et al. 2008: 1204). Die Kausalität verläuft daher von der latenten Variablen (Dimension) zu den einzelnen Komponenten, also von der strukturierenden Dimension zu den Einzelissues, die Ausdruck der zugrundeliegenden Dimension sind.

Da die Altersorientierung eine nachgeordnete Dimension des Parteienwettbewerbs ist und keine direkte Korrespondenz der Dimension mit dem Political Belief Systems von Parteien besteht, handelt es sich bei MAO jedoch um einen formativen Index. Die Altersorientierung ergibt sich erst aus der Summe der Positionen zu den zugehörigen Einzelissues, da die Parteien nicht über eine dimensionsgerichtete Aufmerksamkeit verfügen und die Altersorientierung auch kein integraler Bestandteil der Political Belief Systems von Parteien ist. Das Konstrukt der Altersorientierung hat somit einen formativen Aufbau und muss mit Hilfe eines formativen Indexes erhoben werden. Bei formativen Indizes erfolgt die Komponentenauswahl nicht empirisch induktiv, sondern deduktiv. Daher kann beispielsweise nicht auf eine Faktoranalyse zur Indexbildung zurückgegriffen werden. Auch die herkömmlichen Verfahren zur Messung der Validität eines Indexes eignen sich bei formativen Indizes nur bedingt (Bollen 1989: 222). Die Güte des Indexes wird vor allem durch die Qualität des zugrundeliegenden theoretischen Konzepts bestimmt, welches eine klare und präzise Spezifikation des Inhalts des Indexes und der diesen tragenden Indikatoren hervorbringen muss (Diamantopoulos und Winklhofer 2001: 271-272).

Dabei müssen die Indikatoren den Index in seiner Gesamtheit erfassen und dürfen gleichzeitig nicht über dessen Definitionsbereich hinausweisen. MAO soll Aufschluss über die Positionen von Parteien hinsichtlich der Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zwischen älteren und nicht-älteren Menschen geben. Um dies zu gewährleisten, finden nur Kategorien als Indikatoren des Indexes Verwendung, die zwei Anforderungen genügen: Sie müssen sich sowohl auf ältere bzw. nicht-ältere Menschen beziehen und somit altersspezifisch sein, als auch einen klaren Bezug zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aufweisen. In

Tabelle 1: MAO – Spezifikation der Indikatoren

Nicht-ältere Menschen		
<i>Positive Aussagen</i>	<i>Negative Aussagen</i>	<i>Deskriptive Aussagen</i>
Kinder- und Jugendförderung positiv (1201)	Kinder- und Jugendförderung negativ (1202)	Kinder- und Jugendförderung deskriptiv (1203)
Bildung / Ausbildung positiv (1301)	Bildung / Ausbildung negativ (1302)	Bildung / Ausbildung deskriptiv (1303)
Berufseinstieg, Praktika / j. Arbeitnehmer positiv (1401)	Berufseinstieg, Praktika / j. Arbeitnehmer negativ (1402)	Bildung / Ausbildung privat (1304)
Kinderbetreuung positiv (1601)	Kinderbetreuung negativ (1602)	Bildung / Ausbildung nicht privat (1305)
Arbeitslose positiv (2401)	Arbeitslose negativ (2402)	Berufseinstieg, Praktika / j. Arbeitnehmer deskriptiv (1403)
Junge Familie positiv (2701)	Junge Familie negativ (2702)	Kinderbetreuung deskriptiv (1603)
Pflegende Angehörige positiv (3208)	Rente privatisieren (3502)	Arbeitslose deskriptiv (2403)
Altersabsicherung geg. privatisieren (3501)	Zukünftige Rente negativ (3503)	Junge Familie deskriptiv (2703)
Zukünftige Rente positiv (3505)		
Rente Finanzierbarkeit sichern (3508)		
Rente generationengerecht finanzieren (3509)		
Ältere Menschen		
<i>Positive Aussagen</i>	<i>Negative Aussagen</i>	<i>Deskriptive Aussagen</i>
Pflege positiv (3201)	Pflege negativ (3202)	Pflege deskriptiv (3203)
Pflege nicht privatisieren (3204)	Pflege privatisieren (3205)	Ältere Menschen deskriptiv (3403)
Ältere Menschen positiv (3401)	Pflege Finanzierbarkeit sichern (3206)	Rente deskriptiv (3507)
Heutige Rente positiv (3506)	Pflege generationengerecht finanzieren (3207)	
	Ältere Menschen negativ (3402)	
	Heutige Rente negativ (3504)	

Die Zahlen in Klammern stellen die numerischen Bezeichnungen der einzelnen Kategorien dar.

Tabelle 1 sind alle Kategorien dargestellt, aus denen sich MAO zusammensetzt.

Zur Berechnung von MAO wird auf eine Ratio-Skala zurückgegriffen. Kategoriengruppen, welche positive Aussagen für die nicht-ältere Bevölkerung (POS_{INE}) beinhalten, werden aufgrund der Kontrastierung von älteren und nicht-älteren Menschen und der Annahme begrenzter Ressourcen als negative Aussagen für die ältere Bevölkerung (NEG_{IE}) gewertet. Umgekehrt werden positive Aussagen für die ältere Bevölkerung (POS_{IE}) in einer Weise verrechnet, dass sie als negative Aussagen für die nicht-ältere Bevölkerung (NEG_{INE}) gelten können. Die deskriptiven Aussagen zu beiden Bevölkerungsgruppen (DES_{INE}; DES_{IE}) gehen in den Nenner der Formel ein.

$$MAO = \frac{\sum NEG_{INE} - \sum POS_{INE} - \sum NEG_{IE} + \sum POS_{IE}}{\sum NEG_{IE} + \sum POS_{IE} + \sum DES_{IE} + \sum NEG_{INE} + \sum POS_{INE} + \sum DES_{INE}}$$

Die Verwendung einer Ratio-Skala hat den Vorteil, dass sogenannte irrelevante Alternativen¹¹ keinen Einfluss auf die Ergebnisse von MAO ausüben. Die Integration der deskriptiven Aussagen von Parteien im Nenner erlaubt eine größere Differenzierung zwischen Parteien, neutrale Positionen können besser dargestellt werden und die Tendenz zu Extremwerten bei Ratio-Skalen wird gemildert.

MAO kann Werte von -1 bis +1 annehmen. Der Wert -1 wird erreicht, wenn in allen altersspezifischen

¹¹ Die Abhängigkeit von irrelevanten Alternativen entsteht, wenn in den Nenner nicht nur die Kategorien inkludiert werden, welche für die Positionsberechnung herangezogen werden, sondern alle Quasisätze eines Wahlprogrammes. Für eine eingehendere Darstellung siehe Prosser (2014).

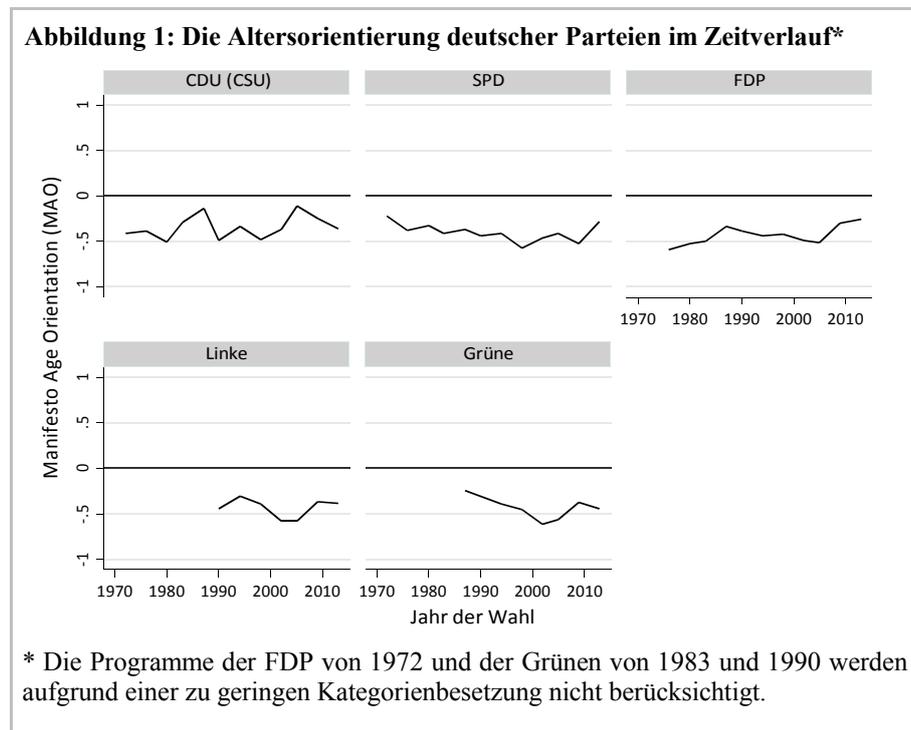
Aussagen mit wohlfahrtsstaatlichem Bezug die spezifischen Interessen der nicht-älteren Bevölkerung unterstützt und/oder diejenigen der älteren Bevölkerung negiert werden. Werden hingegen in allen altersspezifischen Aussagen die spezifischen Anliegen der älteren Bevölkerung vertreten und/oder diejenigen der nicht-älteren Bevölkerung abgelehnt, nimmt MAO den Wert +1 an. Der Wert 0 gibt Hinweis auf ein Programm, in dem in gleicher Intensität die spezifischen Anliegen der nicht-älteren und der älteren Bevölkerung vertreten werden.

Die Altersorientierung deutscher Parteien

Die Altersorientierung wird für etablierte deutsche Parteien im Zeitraum von 1970 bis 2013 dargestellt. Der Anteil älterer Wähler (60 Jahre und älter) stieg von 26,7% im Jahr 1972 auf 34,1% im Jahr 2013; wobei sich die stärksten Verschiebungen der Altersstruktur in den letzten Bundestagswahlen zeigen (Bundwahlleiter 2015: 92). Trotz dieser deutlichen Zunahme älterer Wähler kann für vier von fünf untersuchten deutschen Parteien keine im Zeitverlauf zunehmende Ausrichtung ihrer Programmatik an den wohlfahrtsstaatlichen Anliegen älterer Menschen kon-

älteren Menschen deutlich. Von einigen Ausreißern¹² abgesehen liegt MAO für alle Parteien zu allen untersuchten Zeitpunkten zwischen -0,20 und -0,60. Die dargestellte Entwicklung deutscher Parteien kann damit nicht dazu dienen, alarmierende Thesen, die eine Ausrichtung der Parteien an den Bedürfnissen älterer Menschen im Zuge des demographischen Wandels prognostizieren, zu stützen. Dass alle Parteien eine stärkere Orientierung an den spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Anliegen nicht-älterer Menschen aufweisen, kann auch durch die heterogeneren Problem- und Lebenslagen nicht-älterer Menschen erklärt werden, die eine Vielzahl von politischen Problemlösungsansätzen erfordern. In Hinblick auf ältere Menschen machen mit der Rente und der Pflege zwei Leistungsarten den absolut überwiegenden Anteil aller altersspezifischen wohlfahrtsstaatlichen Programmangebote aus. Darüber hinausgehende wohlfahrtsstaatliche Angebote (wie beispielsweise eine GEZ-Befreiung oder eine verbilligte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) werden von Parteien zwar vermehrt, aber dennoch nur sehr begrenzt offeriert.

An dieser Stelle sei auf ein wichtiges Charakteristikum des MAO-Indexes verwiesen. MAO berücksichtigt nicht die Höhe wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben für die einzelnen Forderungen. Diese Limitation teilt MAO mit fast allen Berechnungsmöglichkeiten zur Position einer Partei auf anderen Dimensionen beispielsweise der Links-Rechts-Achse.¹³ Eine Gewichtung der eingehenden Kategorien nach ihren finanziellen Auswirkungen könnte im Prinzip Abhilfe schaffen, wäre bei solch komplexen Fragen allerdings willkürlich. MAO zeigt nicht mehr und nicht weniger als das Verhältnis an, in dem Parteien die spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Anliegen älterer und nicht-älterer Menschen in ihrem Wahlprogramm vorbringen.



statiert werden (Abbildung 1). Einzig bei der FDP zeigt sich eine solche Tendenz, wenn auch mit Unterbrechungen und in insgesamt moderatem Ausmaß.

Des Weiteren wird für alle Parteien eine stärkere Orientierung an den spezifischen Bedürfnissen der nicht-

¹² Bei den Ausnahmen handelt es sich um die Programme der Unionsparteien von 1987 (MAO = -0,14) und 2005 (MAO = -0,11).

¹³ Einzelne Ansätze bemühen sich um eine Gewichtung der Kategorien und somit um eine Abschätzung wie rechts oder links eine Kategorie im Vergleich zu einer anderen ist. Die genutzten Verfahren sind für die hier vorliegenden Daten jedoch nicht geeignet. Siehe hierzu u.a.: Jahn (2011).

Hinsichtlich einer Divergenz in der Altersorientierung, die aus einer unterschiedlichen ideologischen Grundorientierung vermittelt über die Einstellung zu arbeitsmarktnahen Sozialleistungen resultiert, zeigt die alleinige Betrachtung deutscher Parteien keine absolut eindeutigen Ergebnisse. Da es sich um einen mittelbaren Effekt handelt und die Political Belief Systems der Parteien insgesamt generationenübergreifend angelegt sind, ist dies aber auch nicht überraschend. Die CDU ist weniger stark an den spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnissen der nicht-älteren Bevölkerung orientiert als die Parteien des linken politischen Spektrums (SPD, Linke, Grüne). Die FDP entzieht sich jedoch dieser Einteilung. Ihre Altersorientierung ist trotz einer rechtsorientierten Wirtschaftspolitik insgesamt stärker den wohlfahrtsstaatlichen Anliegen der nicht-älteren Bevölkerung zugeneigt als die ihrer linken Wettbewerber (Abbildung 2).

Fazit

Der demographische Wandel wird rapide voranschreiten und die größten Veränderungen in der Altersstruktur stehen noch aus. So erreichen die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegsjahre in den nächsten Jahren in großer Zahl das Rentenalter. Die Relevanz generationaler Aspekte politischer Programmatik und die gesellschaftlichen Debatten über solche Fragen werden damit aller Voraussicht nach weiter zunehmen.

Die Altersorientierung der politischen Programmatik ist mit bisherigen Instrumenten bzw. den gängigen Dimensionen des politischen Wettbewerbs nicht zu erfassen. Der vorgestellte MAO-Index bietet einen theoretisch und methodisch fundierten Ansatz zur Betrachtung dieser generationalen Dimension, die zunehmend an Relevanz gewinnt, aber gleichzeitig einen klar nachgeordneten Charakter besitzt. MAO

ermöglicht es, die Altersorientierung von Parteien im Quer- und Längsschnitt vergleichend darzustellen und somit Einflüsse der ideologischen Grundorientierung hierauf und potentielle Verschiebungen im Verlauf des demographischen Wandels zu analysieren. Sein volles Potential entfaltet MAO daher bei einer eingehenderen Analyse einer größeren Anzahl an Parteien.

Literatur

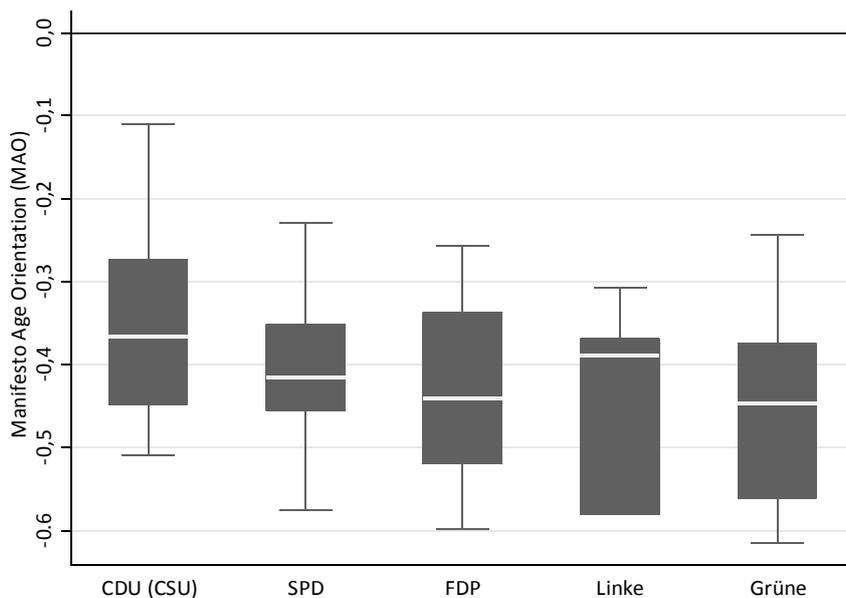
Bakker, Ryan, Seth Jolly und Jonathan Polk (2012) Complexity in the European party space: Exploring dimensionality with experts, *European Union Politics*, 13:2, 219-245.

Benoit, Kenneth, und Michael Laver (2006) *Party Policy in Modern Democracies*, London, Routledge.

Benoit, Kenneth, und Michael Laver (2012) The Dimensionality of Political Space: Epistemological and Methodological Considerations, *European Union Politics*, 13:2, 194-218.

Bergmann, Michael, Laura Konzelmann und Hans Rattinger (2012) Deutschland auf dem Weg in die „Rentner-Demokratie“? – Eine empirische Untersuchung altersspezifischer Einstellungsunterschiede

Abbildung 2: Boxplots: Die Altersorientierung nach Partei*



* Die Programme der FDP von 1972 und der Grünen von 1983 und 1990 finden aufgrund einer zu geringen Kategorienbesetzung keine Berücksichtigung.

Ursächlich für die sehr niedrigen MAO-Werte im Falle der FDP ist ihr starker Fokus auf die Bildung und Ausbildung von jungen Menschen. Trotz dieser Ambivalenzen zeigt sich eine positive, einseitig signifikante Korrelation zwischen der Links-Rechts-Position einer Partei (gemessen anhand des RILE-Index) und der Altersorientierung; $r = 0,246$, $p \leq 0,05$. Je linker eine Partei auf der generellen Links-Rechts-Achse zu verorten ist, desto stärker neigt sie sich den wohlfahrtsstaatlichen Interessen der nicht-älteren Bevölkerung zu.

- und ihrer Bedeutung für das Wahlverhalten auf Basis einer aktuellen Bevölkerungsumfrage, *Politische Vierteljahresschrift*, 53:3, 371-393.
- Bertram, Hans, Martin Bujard und Wiebke Rösler (2011) Rush-hour des Lebens: Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven, *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie*, 8:2, 91-99.
- Blome, Agnes, Wolfgang Keck und Jens Alber (2008) Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat – Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich, Wiesbaden, VS Verlag.
- Bollen, Kenneth A. (1989) *Structural Equations with Latent Variables*, New York, Wiley.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus (2012) *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, Wiesbaden, VS Verlag.
- Browning, Edgar K. (1975) Why the Social Insurance Budget is too Large in a Democracy, *Economic Inquiry*, 13:3, 373-388.
- Budge, Ian (1994) A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally, *British Journal of Political Science*, 24, 443-467.
- Budge, Ian (2006) Identifying Dimensions and Locating Parties: Methodological and Conceptual Problems. in: Richard S. Katz und William Crotty (Hrsg.) *Handbook of Party Politics*. London, Sage Publications: 422-433.
- Budge, Ian, Lawrence Ezrow und Michael D. McDonald (2010) Ideology, Party Factionalism and Policy Change: An Integrated Dynamic Theory, *British Journal of Political Science*, 40:4, 781-804.
- Bundeswahlleiter (2015) *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*, Wiesbaden, Der Bundeswahlleiter.
- Campbell, Andrea Louise (2003) Participatory Reactions to Policy Threats: Senior Citizens and the Defense of Social Security and Medicare, *Political Behavior*, 25:1, 29-49.
- Colomer, Josep M., und Joseph Puglisi (2005) Cleavages, Issues and Parties: A Critical Overview of the Literature, *European Political Science*, 4:4, 502-520.
- De Vries, Catherine E., und Sara Binzer Hobolt (2012) When Dimensions Collide: The Electoral Success of Issue Entrepreneurs, *European Union Politics*, 13:2, 246-268.
- Diamantopoulos, Adamantios, Petra Riefler und Katharina P. Roth (2008) Advancing formative measurement models, *Journal of Business Research*, 61:12, 1203-1218.
- Diamantopoulos, Adamantios, und Heidi M. Winklhofer (2001) Index Construction with Formative Indicators: An Alternative to Scale Development, *Journal of Marketing Research*, 38:2, 269-277.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990) *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge, Polity Press.
- Falter, Jürgen W., Markus Klein und Siegfried Schumann (1992) Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs. in: Oscar W. Gabriel und Frank Brettschneider (Hrsg.) *Die EU-Staaten im Vergleich*. Wiesbaden, Springer: 194-220.
- Franzmann, Simon (2015) Towards a real comparison of left-right indices: A comment on Jahn, *Party Politics*, 21:5, 821-828.
- Gabel, Matthew J., und John D. Huber (2000) Putting Parties in their Place: Inferring Party Left-Right Ideological Positions from Party Manifesto Data, *American Journal of Political Science*, 44:1, 94-103.
- Green-Pedersen, Christoffer (2002) *The politics of justification: party competition and welfare-state retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982 to 1998*, Amsterdam, Amsterdam University Press.
- Huber, Evelyne, Charles Ragin und John D. Stephens (1993) Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, *American Journal of Sociology*, 99:3, 711-749.
- Huo, Jingjing, Moira Nelson und John D. Stephens (2008) Decommodification and activation in social democratic policy: resolving the paradox, *Journal of European Social Policy*, 18:1, 5-20.
- Inman, Robert P. (1978) Testing political economy's 'as if' proposition: Is the median voter really decisive?, *Public Choice*, 33:4, 45-65.
- Jahn, Detlef (2011) Conceptualizing Left and Right in Comparative Politics: Towards a Deductive Approach, *Party Politics*, 17:6, 745-765.
- Kaspar, Hannah, und Jürgen W. Falter (2007) Entstehung neuer Konfliktlinien: Geschlechterkonflikt und Alterskonflikt? in: Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel (Hrsg.) *Der gesamtdeutsche Wähler – Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens in wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft: 113-140.
- Kohli, Martin (1985) Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37:1, 1-29.

- Konzelmann, Laura (2015) Generationendissens im deutschen Wohlfahrtsstaat – Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen (Dissertationschrift). Mannheim, Universität Mannheim.
- Lacewell, Onawa, Andrea Volkens und Annika Werner (2014) Manifesto Coding Instructions (5th fully revised edition), Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Laver, Michael und Ian Budge (Hrsg.) (1992) Party Policy and Government Coalitions, Houndsmills/Basingstoke/Hampshire, The MacMillan Press.
- Lynch, Julia (2006) Age in the Welfare State: The Origins of Social Spending on Pensioners, Workers, and Children, Cambridge, New York, Cambridge University Press.
- Marks, Gary, Liesbet Hooghe, Moira Nelson und Erica Edwards (2006) Party Competition and European Integration in the East and West – Different Structure, Same Causality, Comparative Political Studies, 39:2, 155-175.
- Mulligan, Casey B., und Xavier Sala-i-Martin (2003) Social Security, Retirement, and the Single-Mindedness of the Electorate, Cambridge, National Bureau of Economic Research.
- Persson, Torsten, und Guido Enrico Tabellini (2000) Political Economics: Explaining Economic Policy, Cambridge, Mass., MIT Press.
- Preston, Samuel H. (1984) Children and the elderly: Divergent paths for America's dependents, Demography, 21:4, 435-457.
- Proksch, Sven-Oliver, und Jonathan B. Slapin (2009) How to Avoid Pitfalls in Statistical Analysis of Political Texts: The Case of Germany, German Politics, 18:3, 323-344.
- Prosser, Christopher (2014) Building policy scales from manifesto data: A referential content validity approach, Electoral Studies, 35:0, 88-101.
- Sani, Giacomo, und Giovanni Sartori (1983) Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies. in: Hans Daalder und Peter Mair (Hrsg.) Western European Party Systems. London, Sage: 307-340.
- Schaeper, Hildegard (2007) Familiengründung von Hochschulabsolventinnen. Eine empirische Untersuchung verschiedener Examenskohorten. in: Dirk Konietzka und Michaela Kreyenfeld (Hrsg.) Ein Leben ohne Kinder – Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, Springer: 137-166.
- Schmidt, Manfred G. (2008) Was ist Alter? Die Perspektive der Politikwissenschaft. in: Ursula M. Staudinger und Heinz Häfner (Hrsg.) Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Berlin/Heidelberg, Springer: 139-145.
- Schroeder, Wolfgang, Bettina Munimus und Diana Rüd (2008) Integrierende oder separierende Interessenvertretungspolitik? Zum Selbstverständnis der Akteure der deutschen Seniorenpolitik – Sozialverbände, Gewerkschaften und Parteien im Vergleich, Zeitschrift für Sozialreform – Journal of Social Policy Research, 54:3, 225-250.
- Sinn, Hans-Werner und Silke Uebelmesser (2002) Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany, European Journal of Political Economy, 19, 153-158.
- Weaver, R. Kent (1986) The Politics of Blame Avoidance, Journal of Public Policy, 6:4, 371-398.